

Versorgung sichern

Der Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe e.V. (ZDS) sieht das Jahr 2025 als einen Wendepunkt, da die Bundestagswahl darüber entscheidet, wie das Land mit geopolitischen Spannungen, Klimawandel, demografischen Veränderungen und der Digitalisierung umgehen wird.



Daniel Hosseus, Hauptgeschäftsführer ZDS.

In diesem Kontext nehmen die Seehäfen eine Schlüsselrolle ein, denn sie sichern die Versorgung, den Export und die Energiewende.

Seehäfen bilden die Lebensadern der deutschen Wirtschaft und tragen zur Versorgungssicherheit bei. Ob Waren, Rohstoffe oder Energie – Häfen ermöglichen internationale Handelsströme. Doch diese zentrale Rolle steht auf dem Spiel, wenn notwendige Investitionen ausbleiben. Trotz ihrer immensen Bedeutung werden die Häfen häufig in politischen Debatten vernachlässigt.

Die Zukunft der Häfen steht auf unsicheren Beinen, da es an klaren politischen Entscheidungen und ausreichender Finanzierung mangelt. Ohne eine konsequente Umsetzung der Nationalen Hafenstrategie droht die deutsche Hafenwirtschaft den Anschluss zu verlieren. Andere Länder investieren zielgerichtet in ihre Hafeninfrastrukturen, um sich Wettbewerbsvorteile zu sichern und strategische Interessen umzusetzen.

Der aktuelle Zustand zeigt, dass die Mittel des Bundes, wie die jährlichen 38 Millionen Euro für Hafeninfrastruktur, bei Weitem nicht ausreichen. Die öffentliche Hand zögert notwendige Investitionen hinaus, Planungsprozesse sind langwierig. Hinzu kommen Anforderungen durch neue Technologien, größere Schiffe und die Umstellung auf klimafreundliche Energien. Der schleppende Ausbau von Schienenverbindungen zeigt, wie weit politische Rahmenbedingungen in Deutschland hinter den Erfordernissen zurückbleiben.

Die Bedeutung der Häfen geht weit über Logistik hinaus. Sie sind Bestandteil der Wertschöpfungsketten der deutschen

Wirtschaft und Orte, an denen Innovationen entstehen. Trotz ihrer Relevanz werden sie politisch oft unterschätzt. Doch gerade im internationalen Wettbewerb ist ein klarer politischer Fokus notwendig, um Deutschlands Stellung als Exportnation zu sichern.

Die Hafenwirtschaft fordert mindestens 500 Millionen Euro jährlich vom Bund für die Grundfinanzierung der Häfen, also vor allem die Instandhaltung und Modernisierung. Darüber hinaus müssen Investitionen in neue, wachsende Aufgaben der Seehäfen etwa bei der Windenergie, CO₂-Abscheidung oder dem Wasserstoffimport maßgeblich bundespolitisch unterstützt werden, auch finanziell. Diese Mittel könnten aus Offshore-Windenergie oder dem Emissionshandel der Schifffahrt stammen. Gleichzeitig sind schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren erforderlich, um Projekte nicht durch Bürokratie zu blockieren.

Für die Energiewende spielen die Häfen eine zentrale Rolle. Sie müssen als Umschlagplätze für Wasserstoff und Komponenten entsprechender Anlagen, beispielsweise Windräder, ausgebaut werden, da ohne die nötigen Terminalkapazitäten und Netze die Ausbauziele nicht erreicht werden können. Gleichzeitig erfordert der technologische Wandel Investitionen in Digitalisierung, Klimaneutralität, Automatisierung und die Qualifizierung von Fachkräften, um die Zukunftsfähigkeit der Häfen zu sichern.

Auch handelspolitisch stehen die Häfen vor Herausforderungen. Protektionistische Tendenzen und Handelshemmnisse bedrohen den freien Warenverkehr, weshalb Deutschland eine klare Position für Freihandel und europäische Zusammenarbeit einnehmen muss. Ein stabiles, regelbasiertes Handelssystem ist die Grundlage für den Erfolg deutscher Exporte und weltweiten Wohlstand.

Die Bedeutung der Seehäfen reicht weit über die norddeutschen Küsten hinaus – sie sind elementare, nicht zuletzt auch sicherheitspolitisch höchst relevante Infrastrukturen für die gesamte Nation. Von diesen Knotenpunkten hängt ab, ob Deutschland seine Klimaziele erreicht, verteidigungsfähig ist, wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt und soziale Stabilität sichert. Eine nachhaltige Hafenpolitik erfordert ein gemeinsames Engagement von Bund, Ländern und privaten Akteuren. Es ist an der Zeit, langfristig und nachhaltig zu planen und Gelder entsprechend einzusetzen.

Die Nationale Hafenstrategie bietet eine gute Grundlage, doch ohne Unterstützung bleibt sie wirkungslos. Die Bundestagswahl 2025 bietet die Gelegenheit, die notwendigen Schritte einzuleiten und die Weichen für eine zukunftsfähige Hafenwirtschaft zu stellen.

Daniel Hosseus (Hauptgeschäftsführer ZDS)